



21.05.2014 – 15:11 Uhr

ikr: Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 20. Mai 2014 den Vernehmlassungsbericht betreffend die Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes genehmigt. Im Rahmen der Abänderung dieser Vorlage werden die von den EU-Verordnungen Nr. 924/2009 und Nr. 260/2012 verlangten Durchführungsbestimmungen auf nationaler Ebene umgesetzt. Damit wird sichergestellt, dass für grenzüberschreitende Zahlungen in Euro die gleichen Entgelte wie für entsprechende Euro-Zahlungen innerhalb eines Mitgliedstaats erhoben werden.

Die Vernehmlassungsfrist endet am 4. Juli 2014.

Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei bzw. auf der Homepage www.rk.llv.li (Vernehmlassungen) bezogen werden.

Kontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Anne-Sophie Constans-Lampert
T +423 236 60 88

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100756433> abgerufen werden.